



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungswirtschaft.

NEUWAHLEN

Neuwahlen in Deutschland: Wie können die Erwartungen erfolgreich gemeistert werden?

Deutschland steht vor Neuwahlen. Ist das die richtige Therapie für den kranken Mann Europas? Helfen Neuwahlen der deutschen Wirtschaft wieder zu gesunden, die Arbeitslosigkeit zu verringern, das Wachstum zu beschleunigen, die Staatshaushalte zu sanieren und die sozialen Sicherungssysteme gegenüber der demografischen Alterungswelle wasserfest zu machen? Sind die hohen Erwartungen in die positiven Folgen von Neuwahlen berechtigt? Vier Szenarien sind erkennbar:

Erstens ist möglich, dass die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder bestätigt wird. Dann bleibt auch das Patt zwischen Bundestag und Bundesrat bestehen. Die Neuwahlen bringen somit keine Klärung. Rot-Grün kann ohne die Zustimmung der Union im Bundesrat wenig bewegen. Die Regierungsunfähigkeit, die Kanzler Schröder für die kommenden Monate fürchtete, dürfte dann die Bundespolitik der nächsten Jahre prägen.

Zweitens ist denkbar, dass die SPD zwar die stärkste Partei bleibt, die Grünen aber nicht so viele Mandate erhalten, um rot-grün eine Mehrheit im Bundestag zu sichern. Dann dürfte es zu einer großen Koalition von SPD, CDU und CSU unter einem Bundeskanzler Schröder kommen. Dieses Szenario mag Gerhard Schröder bewegen haben, Neuwahlen anzustreben. Es würde ihm erlauben, Bundeskanzler zu bleiben. Gleichzeitig wären der Union die Hände teilweise gebunden. Sie könnte im Bundesrat die von ihr im Bundestag mitgetragene Politik nicht so einfach torpe-

dieren. Allerdings wäre es der Union jederzeit und überall und ohne große Risiken und Verluste möglich, den Koalitionsfrieden zu stören und Neuwahlen zu provozieren. Eine durchsetzungsfähige programmatische Regierungsarbeit ist so kaum zu erwarten. Eher ist ein Zickzackkurs von einem Kompromiss zum nächsten wahrscheinlich.

Drittens kann die Union stärkste Partei werden. Fällt das Ergebnis der FDP vergleichsweise schwach aus, fehlt schwarz-gelb jedoch die Regierungsmehrheit. Eine CDU-CSU-geführte große Koalition mit der SPD ist dann ein Ausweg. Gerhard Schröder räumt das Feld. Angela Merkel wird Bundeskanzlerin. Die Union kann dem Regierungsprogramm ihren Stempel aufdrücken. Um die Zustimmung des Bundesrates braucht sie sich keine Sorgen zu machen. Als Juniorpartner ist die SPD jedoch in der Lage, weitreichende Zugeständnisse einzufordern. Verweigert sich die Union, sprengt die SPD das Zweckbündnis. Fraglich ist, ob der gemeinsame Nenner groß genug und der Minimalkonsens belastbar ist, um den Herausforderungen gerecht zu werden, die Deutschland warten. An runden Tischen lässt sich nun einmal keine Politik mit Ecken und Kanten machen.

Das vierte Szenario geht von einem klaren Wahlsieg von Schwarz-Gelb aus. Der Stimmungstrend der letzten Landtagswahlen setzt sich auf Bundesebene fort. CDU, CSU und FDP erreichen eine absolute Mehrheit der Bundestagsmandate. Sie können ein Regierungsprogramm formulieren und

sind dank der klaren Mehrheitsverhältnisse im Bundestag auch problemlos in der Lage, das Geplante in die Realität umzusetzen. Die Blockadepolitik der letzten Jahre findet ein Ende. Bundestag und Bundesrat stehen sich als Partner und nicht mehr als Gegner gegenüber. Eine schwarz-gelbe Bundesregierung hat für mehrere Jahre die Macht, zu sagen, was sie tut und zu tun, was sie sagt.

Die vier Szenarien sind nicht alle gleichermassen wahrscheinlich. Nimmt man die Ergebnisse der Landtagwahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen als Maßstab, zeigt sich ein starker Wunsch der Bevölkerung nach einem Ende von Rot-Grün. In beiden Fällen haben die Wahlen zu einem Erfolg der CDU geführt. Die Stimmung ist nicht völlig anders, als 1998 nach einer 16-jährigen Regierungszeit von Helmut Kohl. Die Bevölkerung will einen Wechsel. Selbst die Stammwähler(innen) der Regierungsparteien sind mit dem Kurs des Bundeskanzlers unzufrieden. Vor allem die SPD-Linken geht auf Konfrontation mit der Agenda 2010 von Gerhard Schröder. Die PDS im Osten und linke Splitterparteien im Westen werden der SPD und den Grünen Stimmen abjagen.

Man muss weder parteiisch, noch ungerecht sein, um die Chancen zu erkennen, die sich für Deutschland bei Eintreten des Szenarios vier ergeben. Gewinnen CDU, CSU und FDP die Mehrheit im Bundestag, bietet sich Angela Merkel dank der üppigen Unionsmehrheit im Bundesrat eine schon fast historisch zu bewertende Möglichkeit, für die kommenden Jahre einen klaren Regierungskurs ohne Wenn und Aber verfolgen zu können. Die Union kann ihr Wirtschaftsprogramm umsetzen, ohne ständig Rücksicht auf Koalitionspartner, Opposition oder die nächsten Landtagwahlen nehmen zu müssen. Eine gleichzeitige Mehrheit in Bundestag und Bundesrat öffnet Deutschland ein Zeitfenster, durch das ein frischer Wind des Wandels und des Aufbruchs blasen könnte. Eine weitreichende Föderalismusreform liesse sich von der Union im Alleingang voranbringen. Das von Friedrich

Merz vorgeschlagene unglaublich einfache „Bierdeckel“-Steuermodell mit drei Steuersätzen und hohen Pro-Kopf-Freibeträgen könnte über Nacht eingeführt werden. Die unverzichtbare Verlagerung von direkten zu indirekten Steuern – also eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um mehrere Prozentpunkte unter gleichzeitiger Absenkung der Einkommenssteuersätze – wäre rasch zu machen. Ein ebenso notwendiger Systemwechsel von lohnfinanzierten zu steuerfinanzierten Sozialversicherungen würde möglich. Bürokratieabbau, Deregulierung, Privatisierung, effizientere Verwaltung, Subventionsabbau, Wegfall von Entfernungspauschale und Eigenheimzulage, Abfindung statt Kündigungsschutz, mehr Eigenverantwortung, grössere Freiräume für Unternehmen: was immer an so dringlichen Strukturreformen in Deutschland ansteht, die Union wäre in der Lage, politisch durchzusetzen, was sie willens ist zu tun.

Ob Angela Merkel die Chance nutzen würde, die ihr die politischen Machtverhältnisse bieten? Noch ist unklar, welchem wirtschaftspolitischen Kompass die Union folgen will. Noch ist zu vieles Flickwerk. Noch fehlt ein konsistentes Regierungsprogramm, an dem sich messen liesse, wie weit Worte vor und Taten nach der Wahl übereinstimmen.

Angesichts der weit verbreiteten Wechselstimmung könnte die Union die Bundestagswahl wohl auch ohne ein ordnungspolitisches Grundsatzprogramm gewinnen. Das Fehlen eines programmatischen Leitbilds würde sich jedoch schnell rächen.

Denn unabhängig von der Farbe der Regierung muss der von Bundeskanzler Schröder mit der Agenda 2010 angeschobene Reformkurs weiter verfolgt und wohl eher beschleunigt als gebremst voran gebracht werden. Weil aber die Aufgabe so schwierig und die Lösung für viele so schmerzhaft sein wird, bedürfen die einzelnen Schritte, die zu gehen sind, eines Leuchtturms, der einer ängstlichen und verunsicherten Bevölkerung Orientierung bietet.

Ein Leitbild „Deutschland 2020“ muss zuallererst das Ziel nennen, das es in den kommenden Jahren zu erreichen gilt. Es muss den Menschen erklären, wohin die Reise geht und wieso sich die Anstrengungen lohnen. Es muss die Prioritäten offen legen, woraus sich dann ergibt, wer wann was machen soll.

Denn die Probleme sind schwierig genug: Milliarden Schulden, Millionen Arbeitslose, kaum mehr Wachstum. Wer im Herbst die Regierungsverantwortung übernimmt, muss zuallererst das gute Ende nennen und der Bevölkerung ein Licht am Ende des Tunnels zeigen. Die Rede „Ordnung der Freiheit“ von Bundespräsident Horst Köhler Mitte März 2005 war mehr als ein brauchbarer Anfang. Ein(e) Bundeskanzler(in) muss mehr bieten.

Sind also die Neuwahlen der Befreiungsschlag, auf den ganz Deutschland hofft und der mehr Beschäftigung, mehr Wachstum und damit eine bessere Zukunft bringt? Ja, wenn sie zu klaren Mehrheitsverhältnissen und einem klaren Regierungsauftrag führt. Ja, wenn eine neue Regierung nicht nur den Willen hat, an der Macht zu bleiben oder an die Macht zu kommen, sondern auch den Mut besitzt, einen wirtschaftspolitischen Kurs zu verfolgen, der zunächst einmal viel Gegenwind von Seiten der Bestandsverteidiger und Reformblockierer haben wird und dessen Früchte erst nach geraumer Zeit geerntet werden können. Ja, wenn der alte Bundeskanzler oder die neue Bundeskanzlerin das „Charisma“ haben wird, von Anfang klar zu machen, dass es um die Zukunft Deutschlands und nicht um den Schutz von Einzelinteressen geht und er (oder sie) entschlossen ist, alles zu riskieren und zum äußersten zu gehen, um einen eingeschlagenen Reformweg Streiks und Massendemonstrationen zum Trotz zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Der Beitrag ist in der „Finanz und Wirtschaft“ vom 28. Mai 2005 erschienen.